1

Liebe Anwesenden,

Ich freue mich heute hier zu sein und über den notwendigen Kampf um die Erhaltung, aber insbesondere die Verwirklichung der Zivilklauseln zu sprechen. Hannes hat in seinen Ausführungen bereits viel zu den allgemeinen Militarisierungstendenzen in der Wissenschaft in Deutschland gesagt. Eine kürzliche Entwicklung möchte ich aber dennoch anführen.

2

Vor einigen Wochen veröffentlichte die Hochschulrektorenkonferenz, kurz HRK, einen Beschluss ihrer 42. Mitgliederversammlung. Mit Bezugnahme auf ein Positionspapier des Wissenschaftsrats zu “Wissenschaft in Zeiten geopolitischer Umbrüche” vom letzten Jahr wird geschlussfolgert, und ich zitiere:

“Die Einbeziehung der Hochschulen ist somit eine zentrale Voraussetzung für die umfassende Nutzung öffentlich geförderter Forschung bei der Erreichung des Ziels einer möglichst umfassenden Sicherheit in Deutschland.”

Sprich: die völlige Unterordnung der Hochschulen unter die sogenannte Zeitenwende!

3

Dass dieser Beschluss sicher nicht unkontrovers innerhalb der HRK diskutiert wurde, ergibt sich aus zweierlei Tatsachen:

1. Vor zwei Jahren hatte die HRK noch eine niederschmetternde Stellungnahme zum bereits von Hannes erwähnten Papier der EU Kommission zu Dual-use eingereicht. Die strikte Trennung zwischen zivil und militärisch wurde als zwingend notwendig für eine funktionierende Wissenschaft erachtet. Darüber hinaus sprach die HRK von klaren Zielkonflikten zwischen ziviler und Verteidigungsforschung sowie der Bedrohung bestehender Kooperationen durch das Primat der Rüstung. Dual Use zu priorisieren könnte auf eine mittelbare Verpflichtung zur Verteidigungsforschung hinauslaufen, was eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit darstellen würde.
   Die HRK hat nach außen also eine völlige inhaltliche Kehrtwende gemacht. Aus Überzeugung für Militarismus und Kriegsvorbereitung? Ich denke nicht. Dazu-
2. In einem anschließenden Interview äußerte sich der Präsident der HRK, Walter Rosenthal, äußerst reserviert zu den neu formulierten Positionen. Die Aufgabe der HRK sei es zu sagen, dass man nicht direkt nach jeder Möhre greifen solle. Man solle sich

nicht vom Geld allein leiten lassen. Es gehe ja schließlich um ganz schön viel Geld, was jetzt von Verteidigungsministerium und Rüstungsindustrie versprochen wird.

4

Und damit sind wir schon bei meiner Deutung dieser vermeintlichen Kehrtwende. Bereits 2023 formulierte das BMBF in einem Positionspapier zu “Forschungssicherheit”, dass die Hochschulangehörigen in Deutschland aufgrund von “gewichtigen historischen Gründen” “zurückhaltend” in der Akzeptanz der Militarisierung der Hochschulen seien. Gewichtige Gründe, das sind zwei Weltkriege und Faschismus. Daher muss erpresst werden, was das Zeug hält, um die Zivilklauseln als antifaschistische Konsequenz zu revidieren.

Dass diese Erpressung überhaupt notwendig ist, spricht Bände darüber, wer eigentlich die wirkliche Gestaltungsmacht in der Hand hält. Der militärisch-industrielle Komplex (MIK) ist abhängig von den zivilen Institutionen. Die zivile Wissenschaft muss bei der “Kriegsertüchtigung” mitziehen, sonst fällt alles wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Es kommt also im Wesentlichen auf uns an, ob die sog. Zeitenwende entgegen dem Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt werden kann.

5

Und wir haben nicht nur die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf unserer Seite – von denen laut Umfragen übrigens 80% die aktuelle Bundesregierung gefressen haben – sondern ebenso die Mehrheit unserer Mitmenschen auf dem Globus. Mark Carney hat es auf Davos offen ausgesprochen: die “regelbasierte Weltordnung” im Duktus des Westens war nie was anderes gewesen als die hemmungslose Ausbeutung der durch Kolonialismus, Krieg und Schuldenpolitik gebeutelten Länder dieser Erde. Dass diese Ausbeutung nun noch durch eine korrupte und moralisch völlig zersetzte herrschende Klasse vorangetrieben wurde, haben spätestens die Epstein Files deutlich gemacht. Die ökonomische Entwicklung des Globalen Südens und ihr relativer Aufstieg führt zur neuen Dynamik für die Überwindung dieser neokolonialen Verhältnisse. Und so wurde auch die Bundesregierung in der Wahl für den UN-Sicherheitsrat abgestraft. Die Welt hat genug von Genozid, Krieg und ökonomischer Erpressung für die Sicherstellung des Reichtums einiger weniger.

6

Die Auseinandersetzung um zivile Wissenschaft in globaler Verantwortung muss in scharfer Gegnerschaft geführt werden zu jenen, die ihr Partikularinteresse durchsetzen wollen. Sei es Rheinmetall oder der hessische sogenannte Mittelstand, der offenbar in der Abschaffung der Zivilklauseln einen Schritt zur Integration mit dem rasant wachsenden Rüstungssektor als Rettungsanker für den eigenen ökonomischen Erhalt sieht.

7

Und sie muss in Einklang mit den kulturellen und sozialen Kämpfen geführt werden. Eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Hochschulen sowie die soziale Absicherung aller Hochschulangehöriger stehen in wechselseitiger Bedingtheit zur zivilen, offenen und international kooperativen Wissenschaft. Die Forderung des BAföG für Alle im Sinne eines eltern-, herkunfts-, studienzeit- und leistungsunabhängigen Studienhonorars ermöglicht erst die Bildung eines Bewusstseins für die wahre Einheit von Forschung und Lehre, bei der in demokratischer Verfasstheit und wirklicher Selbstbestimmung die Richtung der wissenschaftlichen Arbeit kollektiv bestimmt wird.

8

Ein fundiertes historisches Bewusstsein sollte für uns dabei stets Orientierung geben. Wir stehen auf den Schultern unserer VorkämpferInnen. Wir müssen aus ihren Erfahrungen schöpfen. Als die Alliierten 1945 die Befreiung Deutschlands vom Faschismus vollzogen, war klar: eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft muss unternommen werden. Das Potsdamer Abkommen legte dafür mit den “4 Ds” den Grundstein. Denazifizierung, Demokratisierung, Demonopolisierung und Demilitarisierung. Insbesondere letzteres sollte im Erziehungs- und Bildungswesen umgesetzt werden. Es galt, was auch die UNESCO in ihrer Verfassung bis heute feststellt: “Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.” Diese Konsequenz führte zur ersten Zivilklausel an einer deutschen Hochschule, der TU Berlin. Auferlegt durch die Alliierten und begleitet durch einen Namenswechsel der Einrichtung, welche vorher Technische Hochschule Charlottenburg hieß.

9

Die Rede des britischen Generals Nares zur Wiedereröffnung der TU Berlin brachte diesen Anspruch auf den Punkt: Wissenschaft und Technik sollten künftig „in den Dienst kultureller und aufbauender Friedensziele“ gestellt werden. Der humanistische Anspruch der Nachkriegszeit

war radikal: Bildung sollte nicht mehr zu Gehorsam, Kadaverdisziplin und militärischer Verfügbarkeit erziehen, sondern zu mündigen, kritischen und demokratisch verantwortlichen Persönlichkeiten.

In diesem Sinne setzte die damalige Militäradministration in der britischen Besatzungszone einen Studienausschuss ein, der im November 1948 das „Blaues Gutachten“ zur Hochschulreform vorlegte. Die Lehre aus der Mitverantwortung der Hochschulen an der Nazi-Herrschaft lautet: „Wir setzen uns von denjenigen Auffassungen ab, für welche nicht der Mensch, sondern die Forschung an der Spitze steht. Wir glauben, dass Hochschulbetrieb nur soweit gerechtfertigt ist, als er Dienst am Menschen bleibt. (…) Menschliches Leben ist gemeinsames Leben von verantwortlichen Personen in der Welt. Nur als Teil dieses Lebens ist die Hochschule gerechtfertigt.“

10

Mit dem Göttinger Manifest gegen die atomare Bewaffnung Deutschlands sowie dem Russell-Einstein-Manifest wurden in den 50er Jahren wichtige Impulse für die Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Friedensbewegung gegeben. Das Aufblühen der Ostermärsche gründet u.a. auf diese Erklärungen aus der Wissenschaft heraus. Es verdeutlichte in besonderer Weise, dass die Verbindung von WissenschaftlerInnen und sozialen Bewegungen eine massive gesellschaftliche Sprengkraft besitzt.

11

Im Zuge der Studierendenbewegung der 60er Jahre wurden entscheidende Ansprüche entwickelt für die Demokratisierung der Hochschulen, die u.a. in der Gründung der Reformuni Bremen mündeten. Dort wurde 1986 in Gegnerschaft zur Reagan-Regierung und ihren Plänen zur umfassenden Militarisierung des Weltalls sowie im Verbund mit der Friedensbewegung die erste Zivilklausel als freiwillige Selbstverpflichtung zur humanen und zivilen Wissenschaft beschlossen. Die entwickelten Maßstäbe sind in einem Reformprogramm des damaligen Studierendenverbands MSB Spartakus festgehalten mit dem Ideal der “Hochschule als Zukunftswerkstatt”. Die geforderte Verbindung von Hochschulen und Gewerkschaften als Gegenprogramm zu durch Drittmittel gesteuerter, in ihrem Emanzipationspotenzial kastrierter Wissenschaft im Dienste von Profitvermehrung ist heute noch beispielhaft.

Ich überspringe einige historische Etappen in den Zivilklausel-Kämpfen, darunter die Ablehnung der Erzählung des Endes der Geschichte in den 90ern, Bestrebungen zur Rüstungskonversion

mithilfe der sogenannten “Friedensdividende” sowie die Bildungsproteste in den 00er und 10er Jahren um wieder im Heute anzukommen. Diese Schlaglichter aus der Geschichte sollen eins klar machen: Wir knüpfen an an eine reichhaltige Tradition der Gewaltablehnung und Entwicklungsbefürwortung. Auf ihre Errungenschaften bauen wir auf.

12

Das uneingelöste Versprechen einer friedlichen und kooperativen Welt gilt es heute mehr denn je zu realisieren. Mit der grundlegenden Infragestellung der bisherigen ökonomischen und sozialen Ordnungen werden die Karten neu gemischt. Die multiplen Krisen gilt es fortschrittlich und im Menschheitsinteresse zu beantworten.

Wir müssen dafür aber deutlich offensiver und selbstbewusster die Richtigkeit der errungenen und entwickelten Lehren aus Weltkrieg und Faschismus vertreten. Welche sind das genau? Dafür lohnt ein Blick in die UN-Charta und die allgemeine Menschenrechtserklärung. Gewaltverbot, internationale Kooperation in sozialen, kulturellen und ökonomischen Fragen, umfassender Zugang zu Bildung, das Recht auf saubere und gesunde Umwelt. Das sind nur einige Aufgaben, deren Erfüllung unsere Tatkraft voraussetzt. Sie sind in quasi moderner Fassung in den Nachhaltigkeitszielen der UN formuliert.

Zivilklauseln bedeuten also mehr als nur das genaue Hinschauen dahin, wo Forschung für Militarismus und Krieg betrieben wird. Diese Projekte zu beenden ist selbstverständlich richtig. Ich denke aber, dass in Zeiten wo der Friedensbegriff für Zwecke der Aufrüstung gekapert und zur Unkenntlichkeit verunstaltet werden soll – siehe dafür z.B. die Diskussion um das NRW-Hochschulgesetz, in der die Anwesenheit von Zivilklauseln als explizit kein Hindernis für Militärforschung dargelegt wird – wir eben jenen Friedensbegriff weiten sollten. Denn Frieden ist mehr als nur die Abwesenheit von militärischer Gewalt. Sie ist in Anlehnung an Galtungs positiven Friedensbegriff die Herbeiführung von gesellschaftlichen Zuständen, in denen die Gewalt strukturell verunmöglicht wird.

13

Der Kampf um diese gesellschaftliche Gestaltung ist bereits eine Vorwegnahme einer besseren Zukunft. Denn das ist die wahre Angst derjenigen, die uns jetzt im Krieg zu verheizen und für allen möglichen Unsinn in der Wissenschaft zu instrumentalisieren versuchen: dass wir unsere Geschicke in die eigene Hand nehmen!